

### Zum Regierungswechsel.

Die neuen Minister sind beeidigt und beginnen ihre amtliche Tätigkeit. Möchte diese den großen Erwartungen und Wünschen entsprechen, mit denen der Austausch der Minister vielfach in der Öffentlichkeit begleitet wurde! Man kann sagen, daß die neue Regierung jetzt schon eine „gute Presse“ hat, fast so gut, wie das erste Ministerium Koerber. Nach auswärts wurde über die Aufnahme, welche das neue Ministerium in der österreichischen Presse gefunden hat, berichtet, die Blätter aller Parteien hätten die neue Regierung überaus freundlich begrüßt, nur die Organe der christlichsozialen Partei übten „vorsichtige Zurückhaltung“; die „Frankfurter Zeitung“ verwies dabei namentlich auf die „Reichspost“. Das mag schon stimmen. Wir können nur wiederholen, was wir schon einmal gesagt, daß wir den Tag nicht vor dem Abend loben, aber den neuen Männern von Herzen jene Erfolge wünschen, deren Oesterreich jetzt am dringendsten bedarf.

Im „Allg. Tir. Anz.“ (Nr. 505) verweist der derzeitige Vorsitzende im Tiroler Landesauschuß Reichsratsabgeordneter Dr. Schöpfer in einem Aufsatz über „die neue Ära Koerber“ auf die große Aenderung in den politischen Verhältnissen seit der ersten Ära Koerber und auf die Klärung mancher Fragen durch die Katastrophe des Weltkrieges, erinnert aber auch an „die vier hochbedeutsamen Erklärungen“ des ersten Ministeriums Koerber, die den Geist, die Anschauungen und Grundsätze des neuen Ministerpräsidenten bekunden und vielleicht zu gewissen Urteilen berechtigen. Die erste dieser Erklärungen, offenbar von Koerber selber verfaßt und in der „Wiener Abendpost“ erschienen, beschrieb kurz den Weg der damaligen neuen Regierung:

Jene programmatische Darlegung enthielt zwei Teile, deren erste die Beilegung des nationalen Streits als das wichtigste Ziel der Regierung erklärte. Heute hat dieser Teil des Programmes wohl kaum mehr eine Bedeutung; der zweite wird aber immer seine Geltung behalten und er brauchte eigentlich nur eine Ergänzung, die auf die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse Rücksicht nimmt. Mit der politischen Aktion des Ministeriums — so beginnt der zweite Teil — soll eine rege Initiative auf allen anderen Gebieten Hand in Hand gehen. Der nachdrücklichsten Fürsorge bedürfen besonders die wirtschaftlichen Verhältnisse.“ Die Erklärung verweist darauf, wie lähmend und hemmend der nationale Streit auf die Entfaltung aller wirtschaftlichen Kräfte gewirkt habe und wie wichtig es sei, diese Kräfte freizumachen, für den Staat einen Zeitraum der Erholung zu schaffen, der einen Uebergang zu besseren Tagen vorbereiten könne. Gilt dies nicht Wort für Wort und noch vielmehr in gesteigertem Maße für unsere Zeit? Wir brauchen auf diesen Krieg hinaus wirklich eine Erholung, wir brauchen bessere Tage, wir brauchen gerade auf wirtschaftlichem Gebiete die Vereinigung und Entfaltung aller wahrhaft produktiven Kräfte. In dieser Hinsicht braucht Dr. v. Koerber nur auf sein Programm der ersten Ära zurückzugreifen, wobei freilich die staatsfinanziellen Fragen ihre eigene Lösung beanspruchen werden. — Großes Aufsehen erregte das Schreiben, ein Erlaß an sämtliche Statthalter und Landespräsidenten, der das Datum vom 20. Jänner 1900 trägt; es enthält in Form sehr bestimmter lautender Weisungen die Grundsätze, die der neue Ministerpräsident „für die staatlichen Behörden in ihrem amtlichen Wirken für die richtigen erachtete“. Fast möchten wir an ihn die dringende Bitte richten, auch bei seinem neuen Antritt dieselben in neuer Auflage herauszugeben. Wenn diese Grundsätze den Verwaltungsbehörden in Fleisch und Blut übergingen, würde das Verhältnis zwischen ihnen und der Bevölkerung ein viel innigeres, das Vertrauen auf die Behörden ein viel stärkeres und auch die Achtung vor der staatlichen Autorität eine viel größere sein. Wie herrlich sind die Worte: „Es ist nicht genügend, wenn die Beamten den regelmäßigen Dienst versehen, sondern es gehört zu ihrer Verpflichtung, offenen Auges die Bedürfnisse der Bevölkerung wahrzunehmen, ganz besonders aber überall dort die Initiative zu ergreifen, wo sie von ihrem Eingreifen einen einzelnen Erfolg mit Grund erwarten können. Eine solche Umsicht und fürsorgliche Tätigkeit ist umso nötiger, als sie die Grundlage des Ansehens und Einflusses der Behörden bildet.“ — Sein eigentliches Regierungsprogramm hat Dr. v. Koerber bei Eröffnung des Reichsrates am 22. Februar in seinen Reden an das Abgeordnetenhaus und an das Herrenhaus dargelegt. Einen breiten Raum nimmt die Ankündigung der für das wirtschaftliche Gebiet bezüglichen Aufgaben ein. Zwei wichtige Gegenstände werden auch in einer neuen Programmrede des Ministerpräsidenten wiederkehren, nämlich die Ankündigung des neuen Zolltarifs mit neuen Handelsverträgen und die Vereinbarungen mit Ungarn. Sichtlich hervorgehoben ist in der Rede an das Abgeordnetenhaus der Satz: „Der hervorragenden Bedeutung der heimischen Landwirtschaft war sich die Regierung voll bewusst und sie wird deren fortschreitende Entwicklung in jeder Weise zu fördern trachten.“ Wohl nichts ist auf wirtschaftlichem Gebiete durch den gegenwärtigen Weltkrieg heller ins Licht gestellt worden, als die Bedeutung der Landwirtschaft für den Staat. Auf diesem Programmpunkt wird der neue Ministerpräsident mit besonders starker Hand zurückgreifen müssen und es sei die Bitte gestattet, er möge die heute so leicht zu lösende Frage, „Herstellung und Erhaltung eines schuldensfreien Bauernstandes“ in Angriff nehmen.

Viel besprochen wird in den deutschen parlamentarischen Kreisen, daß bezüglich der Auswahl der polnischen und tschechischen Vertreter im Kabinett (Dr. Bobrzyński, Graf Clam-Martinic und Freiherr v. Trnka) mit den betreffenden Parteikreisen Rücksprache gepflogen worden sei, während die deutschen Parlamentsgruppen nicht in die Lage gekommen seien, Einfluß zu nehmen.

In den kaiserlichen Handschreiben an die entlassenen Minister wird bei allen, mit Ausnahme des ehemaligen Justizministers Dr. v. Hohenburger, die „Wiederverwendung im Dienste“ vorbehalten. Dies erklärt sich aus dem Umstande, daß alle anderen ausgeschiedenen Minister bei ihrer Berufung aus dem Staatsdienste kamen, in den sie, da ihre Dienstzeit noch nicht abgelaufen ist, zurückkehren, während Doktor v. Hohenburger von Beruf Rechtsanwalt ist. Während Dr. v. Hohenburger, Dr. Frh. v. Forster und Frh.

v. Zenker dem Kabinett Stürgkh vom Anbeginn an angehört, wurden Prinz Hohenlohe, Dr. Ritter v. Letth und Dr. v. Spikmüller erst während des Krieges und Dr. v. Morawski kurz vorher ins Ministerium berufen.

Dr. v. Hohenburger galt als der Vertreter des deutschen Nationalverbandes in der Regierung. Im Parlamente hatte er seinerzeit heftige Anfeindungen des tschechischen Freiinns und Radikalismus (Dr. Strasky), der Sozialdemokraten und der Wiener Judenliberalen zu bestehen, die in ihm einerseits den deutschen Parteiminister, andererseits den Wächter der Autorität und richterlichen Disziplin bekämpften. Bekannt ist das Revolverattentat eines Galeriebesuchers (des dalmatinischen Arbeiters Njegus) auf Hohenburger während einer Lenungsrede des sozialdemokratischen Führers Dr. Adler im Abgeordnetenhaus am 6. November 1911. Der Krieg stellte an die Vorkausicht und an die Arbeitskraft Hohenburgers außerordentliche Anforderungen, denen seine Gesundheit nicht länger gewachsen war. — Der gewesene Eisenbahnminister Freiherr v. Forster, der schon zu Beginn des Ministeriums Wienerth kurze Zeit das Ressort geleitet hatte, kann bei seinem Abgange auf eine überaus reiche Tätigkeit zurückblicken, die vielfach von bleibenden Erfolgen begleitet war; es sei hier nur an die Ausgestaltung des Verkehrsweises, die Reform der Eisenbahnpolitik und Eisenbahnfinanzwirtschaft und die Fürsorge für die Bediensteten erinnert. Der Krieg unterbrach dieses Wirken und stellte neue ungeheure Anforderungen, er half aber endlich auch der Erkenntnis von der Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit einer einheitlichen Verkehrssprache zum Durchbruch. Und dies ist hoffentlich die dauerndste Erinnerung an die Ära Forster. — Ueber die drei erst während des Krieges in das Kabinett Stürgkh berufenen Minister, deren Wirken infolge der außerordentlichen Verhältnisse naturgemäß größtenteils der Kontrolle der Öffentlichkeit entzogen blieb, ist ein abschließendes Urteil wohl nicht möglich. Was nach ihrem Scheiden der Bevölkerung zu wünschen übrig blieb, wurde hier bereits kurz dargelegt.

Dem Wiener sozialdemokratischen Organ paßte es nicht, daß wir in unserer Stellungnahme zum Regierungswechsel einige der wichtigsten Wünsche, auf deren Erfüllung die Bevölkerung warte, aufzählten; das Blatt erzählt seinen Lesern, wir hätten „seit Jahr und Tag versichert“, daß Oesterreich an der verflochtenen Regierung „das Ideal einer österreichischen Regierung besitze“, während wir „nun“ (!) über Wucher und Ausbeutertum und über begangene Veräumnisse klagen. Es genügt, solcher „irrsinniger“ Unwahrhaftigkeit gegenüber wohl der einfache Hinweis auf unseren unermüdblichen ununterbrochenen Kampf gegen Wucher und Ausbeutertum und gegen die Veräumnisse sowie auf die Tatsache, daß vielleicht kein anderes Blatt Wiens so ausgedehnte Zeichen der Zensur fürsorge aufzuweisen hat, wie gerade die „Reichspost“, eben wegen ihrer unermüdblichen Kritik. Richtig ist, daß die Formen unserer Kritik denen der „N.-Z.“ ganz unähnlich sind.